

Haus & Grund-Präsident kritisiert das Konjunkturprogramm der Regierung

Die Große Koalition hat es verpasst, den Wohnungssektor als Konjunkturstütze zu aktivieren“, kommentierte Rolf Kornemann, Präsident von Haus & Grund Deutschland, die Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Konjunkturbelebung Mitte Januar. Mit Blick auf notwendige energetische Sanierungen des Wohngebäudebestandes könnten mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln enorme Investitionen in Gang gesetzt werden. Von den knapp 40 Millionen Wohnungen in Deutschland besteht bei etwa zwei Dritteln Sanierungsbedarf.

Damit private Eigentümer diese vorhandene Nachfrage befriedigen können, fordert Kornemann, das CO₂-Gebäude-sanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau weiter auszubauen und stetig fortzusetzen. „Die Eigentümer be-

nötigen langfristig verlässliche Rahmenbedingungen. Die Zinsbindungsfrist der KfW-Darlehen sollte daher auf 15 Jahre ausgedehnt werden.“ Hinzu müssten stärkere steuerliche Impulse treten: die Wiedereinführung des § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung sei die richtige Maßnahme. So könnten Investitionen in energiesparende Anlagen und Einrichtungen in kürzeren Zeiträumen abgeschrieben werden. Selbstnutzer könnten diese Ausgaben als Sonderausgaben geltend machen. „Um weitere Impulse für Investitionen in den Wohnungsbau auszulösen, ist eine Anpassung des Mietrechts unbedingt notwendig“, so Kornemann. Notwendig seien praktikable Regelungen, die sicherstellen, dass die Mieter an den Kosten für energetische Sanierungen beteiligt werden können.